

# Europäische Union – ihre Erweiterung und das Soziale Europa

Von Thorben Albrecht und Frank Schauff

Am 1. Mai wird die Europäische Union um zehn Mitglieder erweitert werden, davon acht aus Ostmitteleuropa. Es mag mittlerweile banal klingen, aber dabei handelt es sich in der Tat um einen historischen Schritt. Die Erweiterung, die nun einen vorläufigen Schlusspunkt unter die Transformation der beitretenden Länder setzen soll, wird in der (westeuropäischen) Linken dabei häufig kritisch gesehen. Kontrafaktisch ist gegen die Kritik des EU-Beitritts der ostmitteleuropäischen Staaten einzuwenden, ob denn eine Existenz dieser Staaten ohne eine Perspektive auf EU-Mitgliedschaft eher Stabilität, demokratische Entwicklung und friedliche Kooperation bedeutet hätte. Wenn wir vergleichend in diesen Tagen erneut auf den westlichen Balkan schauen, so ist die Antwort sicherlich: Nein. Alle diese Staaten, die nun neue EU-Mitglieder sein werden, haben aus sich heraus und im Verhältnis zueinander genügend Konfliktstoff, der nun durch die Eingliederung in die EU zumindest entschärft wird. Hier sei nur daran erinnert, dass sich in der Slowakei in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unter Meciar autoritäre Tendenzen entwickelten, die denen in Weißrussland ähnelten. Aufgrund des durch die EU-Beitrittsverhandlungen gegebenen Zwanges zur Einigung wurde es auch möglich, sowohl Grenzstreitigkeiten als auch Minderheitenkonflikte weitgehend zu beruhigen. Andernfalls hätte es in fast allen Fällen der nun beitretenden Staaten genügend mögliche Szenarien im Sinne einer Balkanisierung gegeben. Man halte sich nur die Minderheitensituation in Ostmitteleuropa oder im Baltikum vor Augen. Die Beitrittsverhandlungen, die sicherlich schon eine Abgabe von Souveränität implizierten, führten dazu, dass die Eliten sich zu disziplinieren und demokratische Verfahrensweisen zu befolgen hatten. Diese hatten auch die grundlegende Modernisierung der staatlichen Strukturen zur Folge, die Staaten folgten gewissermaßen – bei aller Unterschiedlichkeit – dem mainstream europäischer staatlicher Entwicklung.

Dennoch bleibt, wie Michael Dauderstädt, Leiter der Arbeitseinheit für Politikanalyse bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, in dieser Ausgabe diskutiert, abzuwarten, ob denn ei-

nige unhinterfragte Axiome dieses Beitritts für die Staaten zutreffen, wenn man an die soziale und wirtschaftliche Entwicklung denkt. Ist es tatsächlich so, dass die neuen Mitglieder nachgerade automatisch eine Periode der Prosperität erwarten werden? Des weiteren bleibt die Frage offen, wie sich die politische Entwicklung im größten Beitrittsland, Polen, in Zukunft darstellen kann. Polen hat sich immerhin seit dem Beginn des letzten Jahres – also unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen – als das schwierigste der neuen Mitgliedsländer erwiesen. Erinnert sei nur an die Stellung im Irak-Krieg und die Position zur Europäischen Verfassung. Dass Polen sich – insbesondere nach dem nicht vorhersehbaren Wahlsieg der spanischen Sozialisten – zunehmend isoliert hat, ist evident. Wie eine Lösung aussehen kann, erscheint schwierig zu erkennen. Hierauf versucht Dietmar Nietan, SPD-Bundestagsabgeordneter, eine Antwort zu geben. Dietmar Nietan hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem deutsch-polnischen Verhältnis beschäftigt und es aktiv mitgestaltet.

Von vielen Linken wird die Europäische Union als ein neoliberales Projekt angesehen. Dies ist sicherlich in weiten Teilen richtig, aber sie kann ebenso wie Staatlichkeit generell auch ein Instrument für die Linke sein, um ihre Konzeptionen europaweit umzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund einer voranschreitenden, weitgehend unregulierten Globalisierung bietet Europa die Chance politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die dem Nationalstaat verlorengehen. Hier stellt sich aber wie auf der nationalstaatlichen Ebene die Frage nach der Hegemoniefähigkeit der Linken. Dabei erschien

die Linke bislang nicht dazu in der Lage, eine hegemoniefähige Position zu formulieren oder zu erlangen, von praktischer Umsetzung danach ganz zu schweigen. Dennoch gibt es eine Reihe von Projekten in bezug auf



Foto: Christian Kiel (Berlin)

die EU, die durchaus als links betrachtet werden müssen.

Wie steht es mit dem Lissabon-Prozess, der die Beschäftigungssituation in den Ländern der EU aktiv verbessern soll. Wo liegen die Stärken und Schwächen dieses Konzeptes und woran hapert es bei der Umsetzung. Sebastian Jobelius, Mitglied dieser Redaktion und Doktorand der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen, will mit seinem Artikel hierüber Aufschluss geben. Eine der zentralen Forderungen von SPD und Gewerkschaften im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU-Politik ist die Forderung nach dem „sozialen Europa“ in einem umfassenden Sinne. Diese Dimension fehlt weitgehend im aktuellen Repertoire der Europäischen Union. Hierzu äußert sich Thorben Albrecht, Redaktionsmitglied der spw und Referent für europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Schließlich: was passiert im Hinblick auf die Angleichung von Bildungsstandards und Vergleichbarkeit von Abschlüssen aufgrund des Bologna-Prozesses? Was bedeutet dieser Prozess für Innovationen im Bereich der universitären Bildung. Mit dieser Frage setzt sich Ulf Banscheraus, Mitglied der spw-Redaktion und im Ausschuss Studienreform des Freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften (fzs), auseinander.

spw 2 / 2004

Thorben Albrecht, geb. 1970, ist Europareferent beim DGB-Bundesvorstand, Frank Schauff, geb. 1969, ist Europareferent beim SPD-Parteivorstand, beide sind Mitglied der spw-Redaktion und leben in Berlin